



Die „Affäre des Jahrhunderts“ ist eine breit angelegte Kampagne, die von mehreren Nichtregierungsorganisationen (NGOs) angeführt und in sozialen Netzwerken massiv verbreitet wird, um den Staat dazu zu bringen, sich seiner Klimaverantwortung zu stellen. Nach zwei Jahren Verfahren hoffen die Klimaschützer auf eine „historische Entscheidung“ des Pariser Verwaltungsgerichts.

Mit der Unterstützung von mehr als zwei Millionen Bürgern kommt „Der Fall des Jahrhunderts“ am Donnerstag, 14. Januar, vor Gericht – ein wichtiger Meilenstein für Klimaschützer, die auf die Anerkennung eines Staatsversagens im Kampf gegen die globale Erwärmung hoffen.

Zwei Jahre nach der Einleitung dieses Verfahrens, begleitet von 2,3 Millionen Unterzeichnern einer beispiellosen Online-Petition, treffen die vier petitionierenden NGOs – Notre Affaire à tous, Greenpeace France, Fondation Nicolas Hulot und Oxfam France – die Vertreter des Staates vor dem Verwaltungsgericht von Paris.

„Wenn „Der Fall des Jahrhunderts“ gewinnt, wäre das eine historische Entscheidung für die Klimagerechtigkeit in Frankreich. Es würde die Politik mit ihren ökologischen Widersprüchen konfrontieren: viele Reden und sehr wenig Handeln“, sagte Cécilia Rinaudo, Koordinatorin von Notre Affaire à tous, gegenüber AFP.

„Die Verurteilung eines Staates wegen Untätigkeit in Sachen Klima wäre historisch, und das nicht nur in Frankreich“, sagt Cécile Duflot, Geschäftsführerin von Oxfam Frankreich, und verweist auf die Parallele zum Fall Urgenda in den Niederlanden, der zum Vorbild für Klimagerechtigkeit geworden ist.

Im Dezember 2019 hat der Oberste Gerichtshof der Niederlande die niederländische Regierung angewiesen, die Treibhausgasemissionen des Landes bis Ende 2020 um mindestens 25 % zu reduzieren.

Eine endgültige Entscheidung der französischen Gerichte ist aber noch nicht in Sicht.

Am Donnerstag werden die Schlussfolgerungen des öffentlichen Berichtstatters, über die die Parteien einen Überblick erhalten haben, aufmerksam angehört werden, auch wenn das Gericht ihnen nicht unbedingt folgen wird.

„Wir sind optimistisch, was die Bedeutung der Schlussfolgerungen des Berichtstatters



angeht“, sagt Cécilia Rinaudo.

Nach übereinstimmenden Quellen sollte der Bericht die Anerkennung des Versagens des Staates bei der Erfüllung seiner eigenen Verpflichtungen zur Treibhausgasreduzierung beinhalten.

Die französische Justiz verschärft ihren Ton

Die Regierung weist den Vorwurf der Untätigkeit zurück und verweist insbesondere auf das Energie-Klima-Gesetz von 2019, das „die Klimaziele verstärkt“ und die Kohlenstoffneutralität bis 2050 bzw. eine Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe um 40 % bis 2030 anstrebt.

Aber letzten November stellte der Conseil d'État in einer Entscheidung, die von den Verteidigern des Planeten als „historisch“ bezeichnet wurde, selbst fest, dass Frankreich, das sich verpflichtet hat, seine Emissionen bis 2030 um 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren, die selbst gesetzten Emissionsziele überschritten hat.

Und Frankreichs höchstes Verwaltungsgericht, das von der Gemeinde Grande-Synthe angerufen wurde, die sich von der Überflutung der Nordküste bedroht sieht, hat dem Staat drei Monate Zeit gegeben, seine Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zu rechtfertigen.

Diese Entscheidung, die auf die Entscheidung desselben Gerichts folgt, das im Juli dem Staat sechs Monate Zeit gab, unter Androhung einer Rekordstrafe gegen die Luftverschmutzung vorzugehen, ermutigt die Umweltaktivisten.

„Es ist klar, dass sich der Ton der französischen Justiz gegenüber dem Staat verhärtet, wenn dieser seine eigenen Verpflichtungen nicht einhält, und dahinter steht das Recht der Menschen, in einer gesunden Umwelt zu leben“, sagte Marie Toussaint, Mitbegründerin von Notre Affaire à tous und jetzt Umweltabgeordnete, gegenüber der AFP.

Die NGOs, die am Donnerstag ihre Aktivisten online mobilisieren werden, hoffen auch, dass ein Sieg vor Gericht das politische Kräfteverhältnis zu einem Zeitpunkt verändern könnte, an dem der aus den Vorschlägen des Bürgerkonvents für das Klima resultierende Gesetzesentwurf, der ihrer Meinung nach weit hinter dem zurückbleibt, was auf dem Spiel steht, demnächst dem Ministerrat vorgelegt wird.

„Wir erhoffen uns eine Starthilfe“, sagt Cécile Duflot. **„Unser Wunsch ist es nicht, den**



Staat zu verurteilen, sondern dass der Staat handelt“.

Und wie auch immer die Entscheidung des Gerichts in erster Instanz und dann möglicherweise in der Berufung ausfallen wird, „es gibt eine echte Bewegung um den „Fall des Jahrhunderts“, die den Staat nicht vom Haken lassen wird“, verspricht Jean-François Julliard, Direktor von Greenpeace Frankreich.